

rung Tür und Tor geöffnet. Letztlich ist es dem Militär gelungen, das Sicherheitsverständnis nahezu vollständig – umfassend eben – zu usurpieren. In dieser militärischen Logik dient der umfassende Sicherheitsbegriff konsequent zu Ende gedacht der mentalen Vorbereitung des totalen Sicherheitsstaats und die vernetzte Sicherheitspolitik seiner institutionalisierten Absicherung.

Angesicht dieser gelinde ausgedrückt bedenklichen Entwicklung scheint es mehr als angebracht, über einen Rückverweis des Militärs auf seine originäre Funktion nachzudenken. Und diese besteht im Schutz des Staates und seiner Bürger vor äußerer Bedrohung. Seinem Wesen nach ist dieser Auftrag defensiv, nicht offensiv. Daraus wiederum

folgt, dass die Sicherheit Deutschlands eben nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern in Deutschland.

*Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr und Mitglied im Vorstand des Arbeitskreises »Darmstädter Signal«, eines Zusammenschlusses kritischer ehemaliger und aktiver Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, der sich u.a. für den absoluten Vorrang präventiver ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Maßnahmen, eine Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht einsetzt sowie die Teilnahme der Bundeswehr an »friedenserzwingenden militärischen Kampfeinsätzen« ablehnt.*



## Klaus Pfisterer

# KDV-Statistik 2008

Die Zahl der KDV-Anträge ist 2008 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Mit 156.258 Anträgen (Vorjahr: 161.448) fiel die Zahl um 3,21 Prozent. Die Zahl der Anerkennungen ging ebenfalls zurück, auf 106.717 (Vorjahr 111.740). Der Rückgang der KDV-Anträge ist auf das Antragsverhalten von Ungedienten zurückzuführen, deren Anteil um 4,61 Prozent auf 141.629 (Vorjahr 148.467) sank. Die Zahl der Vorbenachrichtigten und Einberufenen ist erneut um 13,67 Prozent auf 10.925 (Vorjahr: 9.611) gestiegen. Weiter zugenommen hat die Zahl der verweigernden Soldaten auf 3.503 (Vorjahr 3.119), ein Plus von 12,31 Prozent. Der Anteil der Reservisten verrin-

auf die Initiative der Verteidigungspolitiker der Großen Koalition zurückzuführen. Es sollen möglichst alle Jugendlichen eines Jahrgangs gemustert werden, damit zumindest in dieser Hinsicht das »Gleichheitsgebot« eingehalten wird. Unterm Strich leisten dadurch mehr Wehrpflichtige ihren Zivildienst, bei den Grundwehrdienstleistenden besteht weiterhin ein deutliches Überangebot an zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen.

Von den 467.786 durchgeführten Musterungen wurden 456.546 Musterungen durch die Vergabe eines Tauglichkeitsgrades abgeschlossen. 11.240 Musterungen waren noch nicht abgeschlossen. Trotz erhöhter Musterungszahlen ist die Zahl der

Wehrdienstfähigen gesunken. Von den abgeschlossenen Musterungen wurden gerade mal 53,3 Prozent für tauglich befunden (243.166 Wehrpflichtige), 43,7 Prozent oder 199.667 Wehrpflichtige wurden als nicht wehrdienstfähig eingestuft. Nur ein kleiner Teil von 13.713 Wehrpflichtigen war vorübergehend nicht wehrdienstfähig (3 Prozent).

Legt man die Tauglichkeitsquote zugrunde, werden von diesen rund 13.700 Wehrpflichtigen rund 6.000 Wehrpflichtige letztlich als untauglich ausgemustert.

Die Zahl der nicht wehrdienstfähigen Wehrpflichtigen steigt Jahr für Jahr und führt zu dem Schluss, dass nahezu jeder zweite junge Mann in Deutschland für den Dienst in der Bundeswehr untauglich ist.

Monat	2004	2005	2006	2007	2008
Januar	34.311	33.870	35.000	37.000	45.060
Februar	31.779	33.830	32.000	36.000	43.475
März	41.872	32.940	37.000	43.000	36.202
April	32.263	34.400	26.000	33.000	45.582
Mai	27.752	26.600	31.000	37.000	32.733
Juni	31.880	33.290	22.000	39.000	41.973
Juli	33.838	29.210	28.000	42.000	40.302
August	28.834	28.480	29.000	37.000	34.307
September	33.275	31.510	29.000	34.000	39.465
Oktober	30.868	29.050	30.000	41.000	42.333
November	32.085	30.050	36.000	43.000	38.194
Dezember	28.141	28.170	25.000	29.000	28.160
<b>Gesamt</b>	<b>386.898</b>	<b>371.400</b>	<b>360.000</b>	<b>451.000</b>	<b>467.786</b>
Davon					
Abgeschlossene Verfahren	369.745	345.840	347.000	451.000	456.546
Wehrdienstfähig	235.676	211.340	208.000	247.600	243.166
Vorübergehend nicht wehrdienstfähig	9.089	25.760	30.000	14.400	13.713
Nicht wehrdienstfähig	124.980*	108.740	109.000	189.000	199.667

Zahl der Musterungen. Quelle: Pressestelle BMVg (12.02.2009); \* enthält auch die T-3-Gemusterten.

gerte sich auf 201 Anträge (Vorjahr 251). Die Zahl der Musterungen erhöhte sich noch einmal um knapp 4 Prozent auf 467.786 (Vorjahr: 451.000).

Im Jahr 2008 wurden noch einmal mehr Musterungen durchgeführt als in den Vorjahren. Dies ist

Monat	Ungediente	Vorbenachrichtigte/ Einberufene	Soldaten	Reservisten	Gesamt	Davon Zweit- anträge	Anerken- nungen
Januar	11.077	673	426	19	12.195		
Februar	16.233	1.328	357	27	17.945		
März	10.657	825	65	16	11.563		
April	11.112	886	478	18	12.494		
Mai	11.496	1.421	359	25	13.301		
Juni	11.830	1.115	99	11	13.055		
Juli	10.753	677	443	4	11.877		
August	12.711	695	352	32	13.790		
September	11.134	557	97	9	11.797		
Oktober	14.345	971	534	15	15.865		
November	11.924	1.013	230	9	13.176		
Dezember	8.357	764	63	16	9.200		
Summe							
2008	141.629	10.925	3.503	201	156.258	2.182	106.717
2007	148.467	9.611	3.119	251	161.448	2.000	111.740
2006	129.250	8.915	2.269	322	140.756	2.300	96.677
2005	131.102	6.303	1.639	492	139.536	2.070	100.971
2004	150.273	1.296	1.936	658	154.163	2.379	115.779
2003	163.548	4.627	1.859	711	170.745	3.510	147.809

KDV-Anträge 2008; Quellen: BAZ Pressestelle (24.02.2009) und BMVg Presse- und Informationsstab (13.02.2009)

## Kommentar

Die Zahl der KDV-Anträge ist 2008 um rund 5.000 Anträge gesunken, während gleichzeitig sich die Zahl der Musterungen um rund 17.000 erhöht hat. Gemessen an der Zahl der Musterungen ist der KDV-Anteil deutlich gefallen. Vor allem ungediente Wehrpflichtige warten mit ihrem Antrag, ihre Zahl fiel um knapp 7.000 Anträge. Sie warten ab, ob sie nach der Musterung überhaupt für den Grundwehrdienst vorgesehen sind, und verweigern erst nach ihrer Vorbenachrichtigung oder Einberufung. Deren Zahl hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und mit knapp 11.000 Anträgen einen vorläufigen Höchststand erreicht. Die Zahl der verweigernden Soldaten ist weiter angestiegen. Vor allem in den Einberufungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober waren die KDV-Zahlen sehr hoch. Es gibt vor allem zwei Gründe für die steigenden Soldatenverweigerungen. Zum einen merken zahlreiche Wehrpflichtige erst als Soldat, dass sie falschen Verlockungen seitens der Bundeswehr aufgesessen sind, wenn sie im Rahmen der Grundausbildung plötzlich merken, dass sie lernen, Menschen umzubringen. Zum anderen ist der rüde Kasernenton seitens der Vorgesetzten immer stärker ein Beweggrund, sich von der Bundeswehr abzuwenden. Wenig Einfluss auf das Verweigerungsverhalten haben die Auslandseinsätze der Bundeswehr, vor allem in Afghanistan.

Bei den Musterungen geht der Trend weiter dahin, die Geburtsjahrgänge fast vollständig auszuschöpfen, damit das Gleichheitsprinzip nach außen hin gewahrt bleibt. Da jedoch fast nur noch jeder zweite Jugendliche tauglich gemustert wird,

können viele Wehrpflichtige aus der Statistik herausgerechnet werden, um den Anschein von Wehrgerechtigkeit zu wahren.

Bei der Zahl der Einberufungen werden anerkannte Kriegsdienstverweigerer unverhältnismäßig oft zum Zivildienst einberufen. Noch immer wird der Passus im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ignoriert, wonach gleiche Einberufungsgrundsätze für die beiden Dienste gelten. Trotzdem wurden im Jahr 2008 nur rund 65.000 Wehrpflichtige zum Grundwehrdienst, jedoch 85.149 anerkannte Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst einberufen. Zählt man die 6.214 Jugendlichen, die ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr anstelle des Zivildienstes absolvierten, und die 1.094 KDVer, die einen so genannten »Anderen Dienst im Ausland« leisteten hinzu, wurden 2008 also 92.457 Kriegsdienstverweigerer zum Dienst herangezogen. Von Gleichbehandlung kann keine Rede sein.

Nach wie vor leisten rund zwei Drittel eines Geburtsjahrgangs überhaupt keinen Dienst. Daran wird sich auch in den nächsten Jahren nichts ändern. Die Allgemeine Wehrpflicht, sofern man davon überhaupt noch reden kann, wird immer mehr zu Farce. Die Politiker können es drehen und wenden, wie sie wollen. Für alle Jugendlichen eines Jahrgangs gibt es weder im Grundwehr- noch im Zivildienst genügend Plätze. Es bleibt daher die Hauptaufgabe, sich für die Abschaffung der Wehrpflicht einzusetzen.

*Klaus Pfisterer ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg.*

